

auf Generalgemeinung des Minderheitsvertrages durch den Vertreter Polens in Genf läßt die mehrglobale englische Presse aufatmen. Der polnische Sprengkörper war, wie es in einem Bericht heißt, „harmlos“. Der Zwischenfall wird als „erledigt“ angesehen. Während die der Regierung nahestehenden konservativen Witter in ihrem Ton gegenüber Polen keineswegs als zu freundlichstlich sind und ihn vorwerfen, daß es sich durch sein brüskes Vorsetzen in Genf nicht mit Ruhm bedeckt habe, erachtet Polen einen Fürsprecher in dem ihm in anderen Fragen nichts ablehnend gegenüberstehenden sozialistischen „Daily Herald“. Dieses Blatt weiß darum hin, daß Polen seine Erklärung in die Behandlung der Deutschen im Südtirol und der Südbauern in Italien bauen werde, sowie auf dem Standpunkt der britischen und der französischen Regierung, daß die Lage und Stellung der unzähligen Rassen ihrer Rechte ihre eigenen Ungelegenheiten seien und niemand anders angehe. Diese Frage dürfe daher nicht übergangen werden. Die polnische Aktion habe gezeigt, daß die Minderheitsvertragsstaaten nicht unbegrenzt ein System annehmen werden, das sie als unterschiedlich und als weniger vertrauenswürdig gegenüber dem übrigen Teil der Welt hinstellt. Das Blatt betont, sowohl Wien als auch Prag hätten angekündigt, daß eine Revision der Minderheitsverträge eine Möglichkeit sei. Er rate beiden Regierungen, die Frage ernstlich in Angriff zu nehmen, bevor sie einer Krise preisgebe.

Die österreichischen Marxisten am Werk

Bildung einer illegalen Kampforganisation
Wien, 21. 9. In kleinen Journalistenkreisen wurde am Freitag nachmittag die Nachricht bekannt, daß dieser Tage in Wien eine illegale Versammlung von 60 Delegierten aller sozialistischen Gruppen Österreichs stattgefunden habe, in der die Schaffung einer einheitlichen revolutionär-märkistischen Kampforganisation unter dem Namen „Vereinigte sozialistische Partei Österreichs“ beschlossen worden sei.

Gleichzeitig wurde, so wird weiter behauptet, der Text eines Aufrufes beschlossen, in dem es u. a. heißt: Die Arbeiterklasse muß in unverhältnismäßigem revolutionären Kampf die faschistische Diktatur bauen, die Staatsmacht erobern und die eroberete Staatsmacht mit dem Mitteln einer revolutionären Diktatur festigen. Wir stehen allen Formen des Faschismus in unverhältnismäßiger Feindschaft gegenüber, wir bekämpfen den Nationalsozialismus nicht minder als den Faschismus der Rassisten und Galgenhütern oder die monarchistische Reaktion. In dem Aufruf wird ferner erklärt, daß die Vereinigung der geliebten österreichischen Arbeiterklasse erachtet werde und daß die neue Partei für die Verteidigung der Sowjetunion und die Vereinigung des Weltproletariats kämpfen werde.

Die Konferenz soll ferner noch Beschlüsse gefaßt haben über die Stellung der Partei zum ehemaligen Republikanischen Schutzbund und über die Haltung gegenüber den Kommunisten. Ferner wurde ein Organisationsstatut beschlossen.

Trotz großer Bemühungen war es nicht möglich, eine amtliche Bekanntmachung über die Tatsache dieser Konferenz und die Richtigkeit des Aufrufes zu erlangen. Die Nachricht muß deshalb mit allem Vorbehalt wiedergegeben werden.

Das „Œuvre“ über die Pläne Barthous und Litwinows

Paris, 22. 9. (Rundschau) Die außenpolitische Berichterstattung des „Œuvre“ will ihrem Blatt aus Genf die Geheimnisse der französisch-sowjetischen Politik enthüllen. Wenn nach ihrer Ansicht könnten Barthou und Litwinow gemeinsam in solchen Unternehmen mit ihren beiden Regierungen untereinander das abschließen, was Frankreich 1921 mit Polen abgeschlossen habe, also einen Vertrag zur gegenseitigen Garantie gegen einen deutschen Angriff (!). Aber beide Staatsmänner ständen auf dem Standpunkt, daß die Aussichten auf Durchführung eines Paktes noch nicht geschwungen seien. Polen habe den Wortlaut seiner Antwort mehrmals abändern und man erwarte den endgültigen Text in Genf für Ende nächster Woche. Sollte die polnische Antwort allzu negativ ausfallen und zeigen, daß Polen „auf die deutsche Karte setzt“, dann würden es Paris und Moskau vielleicht vorsehen, zur Aufrechterhaltung des Friedens in Europa zu verhandeln, einen Pakt mit den baltischen Staaten, der kleinen Entente und den Balkanstaaten abzuschließen und zwar nach dem Grundsatze, daß es besser sei, möglichst viele Länder zur Verteidigung gegen einen zu befürchtenen Angriff zusammenzubringen.

Überall französische Truppen verstärkungen

Paris, 22. 9. (Rundschau) Im „Figaro“ nimmt General Nissel zu Pressemeldungen über die Verstärkungen der Garnison Paris Stellung und sieht die Wirkung dieser Meldungen dadurch abgeschwächt, daß er schreibt, in Wirklichkeit würden nahezu überall mehr oder weniger bedeutende Truppenverstärkungen vorgenommen. Umfangreich seien diese Verstärkungen besonders in der Gegend der Grenzfestungen. Leider liege Paris nahe der französischen Ostgrenze; es sei daher logisch, daß auch die Pariser Garnison an der durch die Gesamtdeichung der Kontingentspäfer begründeten Verstärkung teilnehme.

Die Tsunamiatastrophe in Japan

Wieder 943 Todesopfer — Nationalfonds zur Überleitung der Not

Die Tsunamiatastrophe

Tochio, 22. 9. (Rundschau) Der Tsunami, der am Freitag in Zentral-Japan so überaus schwere Verwüstungen angerichtet hat, ist, wie den Verantworten der Meteorologischen Stationen zu entnehmen ist, bereits am 14. September im südlichen Teil des Pazifischen Ozeans entstanden. Er nahm zunächst seinen Weg in nordwestlicher Richtung, überquerte dann seinen Kurs nach Norden ab, überquerte die südliche Spitze von Kyushu in den ersten Morgenstunden des Freitags und brach mit voller Gewalt in das Gebiet von Osaka am selben Tage um 8 Uhr ein. Von dort nahm er seinen Weg über Kyoto in die japanische See. Wie sich jetzt überblicken läßt, ist das Gebiet, das vom Tsunami in Mitleidenschaft gezogen worden ist, bedeutend größer, als man ursprünglich angenommen hatte.

Am schlimmsten gefilzt haben, wie schon gesagt, Osaka, Kyoto und Kobe. Die Seismotomographen verlässt sich in Osaka bis jetzt auf 1039, darüber etwa 500 Schuttflächen. Die Zahl der Verletzten beträgt etwa 3000 und die der Verstorbene 586. In Osaka wurden jener 144 Schulhäuser, 3914 Privathäuser und 3212 Fabriken zerstört. 8120 Privathäuser wurden beschädigt. In Kyoto beträgt die Ziffer der Toten 207, die der Verwundeten 939.

1675 Häuser, darunter 20 Schulhäuser, wurden vernichtet, 2750 Häuser wurden beschädigt. Die Berichte aus Kobe können noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Immerhin hört man von 48 Vermissten und 490 Verwundeten. Die Zahl der Toten steht noch nicht fest. In Kobe wurden 1677 Häuser vernichtet und 2909 beschädigt. 647 Häuser wurden weggeschwemmt und

1234 wurden unter Wasser gesetzt. Wie die Präfektur von Kochi mitteilt, sind 2350 Gebäude zerstört. Der Sachschaden in der Schiffsflotte wird mit insgesamt 3 Millionen Yen, der übrige Sachschaden mit 500 Millionen Yen veranschlagt.

Der Kaiser von Japan hat eine Botschaft an das Volk erhalten, in der zum Wiederaufbau der von dem Tsunami betroffenen Gebiete aufgerufen wird. Das Radikal will noch im Laufe des Sonnabends den Tag bestimmen, an dem die Todesopfer beigesetzt werden. Dieser Tag soll als nationaler Trauertag gelten. Der Verkehr wird auf 5 Minuten unterbrochen werden.

Zugangs- und Pioniertruppen eingetragen

Tochio, 21. 9. Auf Veranstellung der japanischen Regierung sind eine Anzahl Zugangs- und Pioniertruppen eingetragen, um zusammen mit japanischen Pioniertruppen die Rettungsaktion erfolgreich durchzuführen. Die Zugangs- werden auch Lebensmittel mitnehmen, da es Städte gibt, die zur Zeit auf normalem Wege nur sehr schwer zu erreichen sind.

Diffusion für die Opfer

Tochio, 21. 9. Als Anlass des durchbohrten Tsunami- und Springflutunglads im Mitteljapan, wurde am Freitag eine außerordentliche Sitzung des japanischen Kabinetts einberufen. Das Kabinett hat beschlossen, einen Nationalfonds zu schaffen, der der Überleitung der Not dienen soll. Ministerpräsident Osaka wird sofort in das Unfallsgebiet überreisen, um an Ort und Stelle die Hilfsmaßnahmen persönlich zu besichtigen. Heer und Flotte sind für die Bergung der Opfer mobilisiert worden.

Das Verbrechen an Lindbergh

Der Expresser stammt aus Ramen

Bewerbung von 19 000 Dollar Zösegeld nachgewiesen

Washington, 21. 9. Auf Grund der aus New York eingetroffenen Berichte erklärt das Justizamt, es sei Anlaß zur Annahme vorhanden, daß die Auflösung des Falles Lindbergh gestoppt sei. Allerdings sei bisher nur die Beweisung von etwa 19 000 Dollar Zösegeld nachgewiesen, während der Verdacht der restlichen 31 000 Dollar noch ungeklärt sei. Trotzdem glaubt man, daß der verhaftete Ausländer das Verbrechen allein begangen hat und man hofft, innerhalb weniger Wochen ausreichendes Beweismaterial gegen ihn vorbringen zu können. Gegenwärtig seien man, ein möglichst lästiges Bild seines Vorlebens hier und außerhalb der Vereinigten Staaten zusammengestellt.

Die Frau des Verhafteten wurde am Freitag früh von der New Yorker Polizei aus der Haft entlassen, da gegen sie kein Verdacht vorliegt.

Die Lindbergh-Mißäre spielt nach Ramen

Ramen, 21. 9. Wie wir erfahren, ist der in Amerika unter dem Verdachte, an der Entführung des Lindbergh-Kindes beteiligt zu sein, Verhaftete ein gebürtiger Ramener. Und zwar handelt es sich um den 1923 nach Amerika ausgewanderten jetzt 34 Jahre alten früheren Radfahrermeister Richard Hauptmann, dessen Mutter in Ramen auf der Baumberger Straße als Soglarbeiterin in bedürftigen Verhältnissen lebt. Der Vater starb 1917. Zwei Brüder von Richard Hauptmann sind im Weltkrieg gefallen. Ein dritter Bruder lebt in Sachsen. Eine Schwester hat sich nach Radfahrermeister verheiratet. Hauptmann hat mit seiner Mutter ständig in Briefwechsel gestanden und auch wiederholt kleinere Geldbeträge gesandt. In Amerika hat er gute und auch schlechte Zeiten durchgemacht und hatte seine Laufbahn drüben als Zimmermann auf Wollentkrautbauten begonnen. Hauptmann war bereits in jungen Jahren auf die schwere Ebene geraten und hatte eine Strafe zu verbüßen, für die ihm jedoch Bewährungsstrafe zugesprochen worden war. Als er dann im Jahre 1923 wegen eines neuen Kriminalfalls abermals festgenommen wurde, entstieg er aus dem Ramener Amtsgerichtsgefängnis, bevor er der Strafanstalt Baumberg zugeführt werden konnte. Seit dieser Zeit war Hauptmann verschwunden. Wie sich später herausstellte, war er nach Amerika geflohen, um sich der Strafverfolgung zu entziehen.

Hauptmann nicht allein der Täter?

New York, 22. 9. Die Presse widmet dem neuesten Ersttellungen des Lindberghfalles weiter viele Seiten. Obwohl feststeht, daß Hauptmann im Bereich des gesamten Zösegeldsumme war, stimmen nunmehr sämtliche an der Untersuchung beteiligten Behörden in der Ansicht überein, daß das Verbrechen nicht von einer Person allein begangen sein könne. Soweit Hauptmann in Bezug kommt, wird erklärt, daß er zwar möglicherweise nicht persönlich an der Entführung des Lindbergh Kindes teilgenommen, aber an dem Plan des Verbrecher irgendwie einen Anteil habe.

Hauptmann wird weiter belastet durch die Aussagen eines Arztes, der im Stadtteil Bronx wohnt und der Hauptmann wenige Tage nach dem Verbrechen wegen eines Karpalverspannungs syndroms behandelt haben will. Die Ergebnisse der seinerzeit geführten Untersuchung nahmen bezeichnenderweise nicht persönlich an der Entführung des Lindbergh Kindes teilgenommen, aber an dem Plan des Verbrecher irgendwie einen Anteil habe.

Justizbeamten, der Stadt New Jersey werde die Auslieferung Hauptmanns unter der Bedingung des Todes erst verlangen, wenn ausreichendes Material zur Sicherung der Beschuldigung vorliege.

Das Weiße Moor in Flammen

Gifhorn, 21. 9. Der Riesenkbrand in Weißmoor bei Schömnörde (Kreis Gifhorn) hat das gesamte Moorgebiet bis zur Weißen Moortalstraße ergriffen. Etwa 6000 Morgen Moor stehen in Flammen. Das gesamte Schömnörder Moor gilt als vernichtet, ebenso das Gebiet, das der Stadt Wittingen gehört. Man hofft, daß der gesetzte Weg ins Moor dem Vorbreiten des feuernden Einbaus gebieten wird. Sollte jedoch der Wind die Flammen über die Straße hinuntertragen, so schwächt der staatliche Forst in größter Gefahr. Die Forstbeamten weilen Tag und Nacht an den besonders gefährdeten Stellen.

Der Moorbrand trat gestern in das Areal des ehemaligen Arbeiters, der im Arbeitsdienst weilt der größte Teil der Einwohnerschaft der Moorkreis und die Kreiswirtschaften an den Brandherden. Man ist jedoch gezwungen, sich auf abriegelnde Maßnahmen zu beschließen, da ein Betreten des brennenden Moores unmöglich ist.

Der Bergkiod entronnen

Salzburg, 20. 9. Der Bergführer Wallstorff aus Ruhpolding hatte mit zwei Touristinnen einen Wusttag auf den Großenodner unternommen. Während sie am Gipfel rosteten, vermeinte der Bergführer, Rufe aus der Tiefe zu hören. Als er an einer steilen Wand austrocknet, glitt er aus und stürzte zwischen dem Süd- und Westhang ungefähr 200 Meter tief ab. Er muß hierbei mehrmals fast gefallen haben und dadurch die Wucht des Sturzes vermindert haben, denn er stand nach dem Sturz noch auf, ging etwa 50 Meter weit und brach dann zusammen. Der Arzt erklärte die Verletzungen des Abgestürzten als nicht lebensgefährlich.

Schweres Gewitter über Bremen

Bremen, 20. 9. In der letzten Abendstunde des Mittwochs entzündete sich ein heftiges Gewitter über Bremen, das von Karlsruhe herabziehend beobachtet wurde. Am Vormittag wiegt eine Brandbombe in 1000 Gramm in das Gerümpel getreten. Bald darauf wurde, obwohl die Feuerwehr eingefahren war, die Wirkung des Abwurfs auf den Brandboden gemessen, der eine Fläche von 17-18 Quadratmetern einnahm. Der Brandboden war praktisch beseitigt.

Stadt und Landrat waren auf dem Platz im

Brandboden eingefangen.

Die Feuerwehr rückte mit 150 Mann an.

Die Feuerwehr r